

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 191/10 vom 03. Juni 2010

Heike Franzen: Schleswig-Holstein macht im Laufe jeder Schulstunde 135.000 Euro neue Schulden – deshalb habe ich kein Verständnis für die Lehrerstreiks!

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat die heutigen (03. Juni) Lehrerstreiks mit Unverständnis zur Kenntnis genommen:

„Auch ich als Bildungspolitikerin würde mir selbstverständlich wünschen, dass wir mehr Geld in Bildung investieren können. Wir können uns jedoch nicht leisten, wie bisher 135.000 Euro neue Schulden im Laufe jeder Schulstunde (45 Minuten) zu machen“, erklärte Franzen in Kiel.

Bereits heute müsse das Land für Zinsen genau so viel ausgeben, wie für Personalkosten in der Bildung. Und jeden Tag werde dieses Verhältnis schlechter.

„Gerade unsere Lehrer als Bildungselite wissen, was der Zinseszinsseffekt bedeutet. Sie wissen auch um die Risiken der Schuldenfalle. Und ihnen ist klar, dass ein Staat bankrott gehen kann“, sagte die Bildungspolitikerin. Vor diesem Hintergrund sei insbesondere die verkürzte Argumentation der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nicht richtig. Von einer durch die GEW behaupteten „weiteren Verschlechterung von Bildung“ könne keine Rede sein.

Franzen betonte, die Landesregierung habe bei der Bildung einen eindeutigen

Schwerpunkt gesetzt. Deshalb werde es keine Absenkung der Standards geben.

"Ziel unserer Bildungspolitik muss es sein, mit den vorhandenen Ressourcen die bestehenden Strukturen und Qualitätsmerkmale zu optimieren. Alle an Schule Beteiligte werden sich dieser Herausforderung stellen müssen", sagte Franzen.

„Ich halte angesichts der Haushaltslage die von uns nun geforderte im Bundesdurchschnitt liegende Unterrichtsverpflichtung unserer Lehrkräfte nicht für geeignet, um Demonstrationen und Unterrichtsausfall zu rechtfertigen“, so die Bildungspolitikerin.

Die Forderung der GEW nach einer weiteren Absenkung der Unterrichtsverpflichtung auf etwa zehn Prozent unterhalb des Bundesschnitts sei in dieser Lage überhaupt nicht zu rechtfertigen, stellte Franzen abschließend klar.